

Heidelberger Thesen zur Kriminalprävention

Leitlinien und Gesamtkonzeption der Polizeidirektion Heidelberg

Von Günther Bubenitschek und Bernd Fuchs

In der Karlsruher Erklärung zum 19. Deutschen Präventionstag¹ wird hervorgehoben, „dass Kriminalprävention in den letzten Jahrzehnten in Deutschland in vielfältiger Weise etabliert und ausgebaut worden ist. ... Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vernetzt, interdisziplinär, Ressorts und Institutionen übergreifend umgesetzt werden muss, braucht Kriminalprävention das aktive Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte und Disziplinen ...“ Bereits vor nunmehr 14 Jahren wurde für den Bereich der Polizeidirektion Heidelberg eine Gesamtkonzeption erstellt und weiterentwickelt, die allen Akteuren als leitbildhafte Orientierung diente und die sich in der Karlsruher Erklärung wiederfindet.

Die Polizeidirektion Heidelberg, seit 1.1.2014 mit dem Polizeipräsidium Mannheim zusammengelegt, war zuständig für die Sicherheit von rund 615 000 Einwohnern im Stadtkreis Heidelberg und 49 weiteren Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis². Etwa 1400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Polizeidirektion, in verschiedenen Fachdiensten, zehn Polizeirevieren und 16 Polizeiposten, zwei Autobahnpolizeirevieren, der Wasserschutzpolizeistation, in den Dezernaten und den fünf Außenstellen der Kriminalpolizei garantierten ein hohes Maß an Sicherheit für die Bürger. Nach einem starken Rückgang von über 10% im Jahr 1998 konnte seither eine Stagnation auf diesem Niveau von ca. 33 000 registrierten Straftaten verzeichnet werden. Auch die Stadt Heidelberg hat sich im Vergleich mit den

Günther Bubenitschek, Erster Kriminalhauptkommissar, ehem. Leiter Prävention, Polizeidirektion Heidelberg, jetzt Referent Kriminalprävention PP Mannheim, Geschäftsführer Prävention Rhein-Neckar e. V. Bernd Fuchs, Leitender Kriminaldirektor a. D., ehem. Leiter Polizeidirektion Heidelberg, Vorstandsmitglied Sicherer Heidelberg e. V. und Prävention Rhein-Neckar e. V.

Großstädten in Baden-Württemberg auf der Basis der Kriminalitätsbelastungszahlen (KBZ) verbessert und fiel hierbei vom dritten zeitweise bis auf den siebten Platz zurück.

Wir führen diesen Erfolg nicht zuletzt auch auf die intensiven und vorbildlichen Präventionsanstrengungen im breit angelegten Netzwerk der Kommunalen Kriminalprävention zurück. Als Handlungsanleitung sowohl für die Mitarbeiter als auch die externen Partner und als Orientierungshilfe, wie die Polizeidirektion Heidelberg mit dem komplexen Thema Kriminalprävention umgeht und künftig umgehen wollte, haben wir im Jahr 2000 anhand von 15 Thesen die folgende Gesamtkonzeption erstellt und den Weiterentwicklungen angepasst.

1. Sicherheit ist ein menschliches Grundbedürfnis und beeinflusst die Lebensqualität nachhaltig

Das Thema Sicherheit ist Gegenstand der politischen Diskussion und ist nicht zuletzt ein sehr wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor. Im Dienstbereich gibt es nicht nur die Universität mit einer Viel-

zahl von Instituten von Weltruf (z. B. das Deutsche Krebsforschungszentrum), einen Technologiepark mit Schwerpunkt Biotechnologie, sondern auch namhafte (Welt-) Unternehmen wie SAP, Heidelberger Druckmaschinen, Heidelberg Cement oder MLP. Aus zahlreichen Gesprächen mit Repräsentanten dieser Konzerne wissen wir, dass das Thema Sicherheit genauso Kriterium für Standortentscheidungen ist wie die sonstige Infrastruktur.

Sicherheit ist ein sehr wichtiger Standortfaktor

Der Begriff Sicherheit ist im weiteren Sinne zu verstehen und umfasst nicht nur Kriminalität, sondern auch Störungen der öffentlichen Ordnung. Kriminalprävention muss dort ansetzen, wo Kriminalität entsteht, begünstigt und wahrgenommen wird, nämlich in den Städten und Gemeinden vor Ort. Auch die Chancen, die sich im Rahmen der Verkehrssicherheitsarbeit bieten, müssen konsequent genutzt werden.

2. Die objektive Sicherheitslage muss ständig beobachtet, negativen Veränderungen unmittelbar entgegengewirkt werden

Zielgerichtete Kriminalprävention auf örtlicher Ebene setzt voraus, dass die lokale Sicherheitslage ständig analysiert, kriminalpräventive Ansätze entwickelt werden und der Handlungsbedarf den kommunalen Verantwortungsträgern aufgezeigt wird. Gemeinsame Sicherheitsanalysen leisten hierbei einen wichtigen Beitrag.

Wir nutzen konsequent die sehr vielfältigen Möglichkeiten der aktuellen und differenzierten Lagebilddarstellung durch die Zentrale integrierte Auswertung (ZIA). Dies unterstützt eine schnelle und genaue

Analyse als Grundlage für eine zeitnahe, zielgerichtete Intervention. Außerdem ist dieses Instrument bei der Definition und Ausrichtung strategischer Ziele im Zusammenspiel mit den Kommunalverwaltungen hilfreich.

Eine konsequente und effiziente Repression ist ein besonders wichtiger und unverzichtbarer Baustein im Rahmen eines gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Präventionsansatzes. Besonders bei den präventablen Delikten, namentlich der Straßensriminalität und dem Wohnungseinbruch, intervenieren wir sofort und zielgerichtet. Zusammen mit einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit erreichen wir zum einen eine Reduzierung der Fallzahlen, zum anderen eine verstärkte Sensibilisierung der Bevölkerung und potenzieller Sicherheitspartner. Der Intensivierung und der nachhaltigen Vernetzung des Opferschutzes kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Repression ist auch Prävention. Auf die Bekämpfung der Deliktformen, die das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besonders empfindlich und dauerhaft beeinträchtigen, wie Straßen-, Gewalt-, Rauschgift- und Jugendkriminalität, haben wir uns im Wege von Zielvereinbarungen sehr stark konzentriert. Dies wird auch durch den Einsatz besonderer Ermittlungs-, Einsatz- und Fahndungsgruppen deutlich.

Speziell im Jugendbereich ist das Aufzeigen von Grenzen und staatlicher Handlungsfähigkeit von zentraler Bedeutung. Das „Netzwerk Jugendkriminalität“ wurde eingerichtet, das sich als eine Art virtuelles Haus des Jugendrechts zeitnahe Reaktionen und Sanktionen durch koordiniertes Vorgehen von Jugendamt, Staatsanwaltschaft, Polizei und ggf. Ausländeramt zum Ziel setzt. Zielgruppe sind hier überwiegend junge Intensivtäter. Besonders hervorzuheben ist, dass wir eine Sensibilisierung der Jugendämter dahingehend erreicht haben, die Verantwortung für die Umsetzung dieses Netzwerkes zu übernehmen.

„Netzwerk Jugendkriminalität“ ermöglicht zeitnahe Reaktionen und koordiniertes Vorgehen

Die Bearbeitung von Jugendsachen orientiert sich am Wohnort des Tatverdächtigen. Dadurch sind persönliche Kenntnisse des polizeilichen Jugendsachbearbeiters und der Jugendgerichtshilfe noch besser

nutzbar. Einem dauerhaften Abgleiten von Jugendlichen in eine kriminelle Karriere kann so besser vorgebeugt werden.

Dem Phänomen der Schulverweigerung begegnen wir abgestimmt und vernetzt. Unser Ziel ist es hierbei, junge Menschen zur Wahrung ihrer Zukunftschancen anzuhalten. Dieser Ansatz wurde im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit einer kritischen Prüfung unterzogen. Das Konzept zeigt Wirkung im Sinne von Grenzsetzungen.

3. Kriminalprävention muss den Sorgen und Ängsten der Menschen gerecht werden (Sicherheitsgefühl)

Eine erfolgreiche „kundenorientierte“ Polizei benötigt neben „objektiven“ Daten auch Erkenntnisse über die subjektiven Aspekte des Sicherheitsgefühls, der Einschätzung der Kriminalitätssituation und der Bewertung der eigenen Arbeit durch die Bevölkerung, nicht nur auf Bundesebene oder regional, sondern vor Ort. Eine möglichst kleinräumige Kriminalitätsdarstellung trägt zu einer Versachlichung bei und wirkt so übertriebener Kriminalitätsfurcht entgegen.

Um ein **differenziertes Bild der lokalen Ursachen von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht** zu bekommen, führten einige Städte im Rhein-Neckar-Kreis auf unsere Anregung hin in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg seit 1997 **Sicherheitsbefragungen**³ durch. Alle Projekte wurden durch empirisch fundierte Politikberatung unterstützt. Solche Befragungen waren im Rahmen der Begleitforschung zum Pilotprojekt „Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg“ in den Städten Calw, Ravensburg/Weingarten und Freiburg durchgeführt worden. Erstaunlich war hierbei, dass die Kriminalitätsfurcht in den von uns untersuchten Städten anfangs erheblich höher lag als in den Vergleichsstädten. Hinsichtlich des Vermeidungsverhaltens waren die Unterschiede allerdings geringer. Nach den Befragungsergebnissen beschäftigten die Bevölkerung folgende Themen und Bereiche besonders:

1. Ängste vor Ausländern und Asylbewerbern
2. Kriminalitätsbelastung insgesamt, besonders Wohnungseinbrüche (speziell in Neubaugebieten)
3. Belastungen durch den Straßenverkehr
4. Verbesserung des Erscheinungsbildes durch Beseitigung von Müll auf öffentlichem Gelände (public disorder)

Die Bürgerbefragungen bestätigen auch die These, dass eine Ausweitung von motorisierten Streifenaktivitäten der Polizei die Kriminalitätsfurcht kaum reduzieren kann. Aus diesen Ergebnissen wurde eine Vielzahl von **gezielten Einzelmaßnahmen** initiiert.

Seit der Bürgerbefragung in der großen Kreisstadt Leimen im Frühjahr 2002 zeigt sich, dass sich die Einschätzung der Sicherheitslage durch die Bevölkerung erheblich verbessert hat. Neben einem generellen und auch bundesweit festzustellenden Trend, spielen hierfür sicher auch die Präventionsbemühungen auf kommunaler und regionaler Ebene eine entscheidende Rolle.

Einschätzung der Sicherheitslage durch die Bevölkerung erheblich verbessert

Besonders deutlich wird dies in den Städten, in denen die Befragungen im Abstand von sieben bis zehn Jahren wiederholt wurden (Schwetzingen, Wiesloch, Hockenheim und Leimen). Als Reaktion auf die Ergebnisse der ersten Befragung im Jahr 1997 gründete sich in Schwetzingen ein lokales Netzwerk der Kommunalen Kriminalprävention. Die Sorgen und Nöte wurden ernst genommen und eingehend analysiert. Die Auswertung einer zweiten Befragung, die sieben Jahre später im Jahr 2004 durchgeführt wurde, bestätigte, dass die Bevölkerung diese Bemühungen wahrgenommen hat. Obwohl sich die tatsächlich registrierte Kriminalität seither wenig verändert hat, gingen die Kriminalitätsfurcht und die Furcht vor Opferwerdung drastisch zurück. Die gemeinsam initiierten Präventionsprogramme und -projekte waren den meisten Befragten bekannt – Einzelprojekte erreichten einen Bekanntheitsgrad von fast 80% – und erhielten dabei durchweg gute Noten.

Prävention lohnt sich! Dies wichtige Botschaft wird durch eine Evaluationsstudie der Universität Heidelberg⁴ eindrucksvoll bestätigt. Während die Kriminalitätsfurcht europaweit gestiegen ist, sind die Werte im Rhein-Neckar-Kreis um mehr als die Hälfte zurückgegangen.⁵ Hervorzuheben ist, dass gerade die Kriminalitätsfurcht älterer Menschen abgenommen hat, im Gegensatz zur Einschätzung der jungen Menschen.

Für das Stadtgebiet Heidelberg verfügen wir über umfassende Erkenntnisse aus der städtischen Angstrastudie⁶ und der repräsentativen Befragung zu Opferwer-

dung, Lebensqualität und selbstberichteter Delinquenz.⁷ 2009 wurde eine Bürgerbefragung zur Sicherheitslage durchgeführt. Die Befunde hierbei waren eindeutig. Das Sicherheitsempfinden und die Einschätzung der Lebensqualität haben sich genauso positiv verändert wie das Kriminalitätsaufkommen⁸. Aus den Erkenntnissen der Bürgerbefragungen hat Prof. Dr. Dieter Hermann mittlerweile HAKUS, das Heidelberger Audit Konzept für urbane Sicherheit entwickelt.

4. Transparenz schafft Vertrauen

Einzelereignisse und -schicksale werden heute durch allseits präsente Medien direkt in das heimische Wohnzimmer übertragen. Als Folge hieraus kann eine diffuse Kriminalitätsfurcht entstehen, die sich teilweise erheblich von der objektiven Kriminalitätslage unterscheidet. Wir sind bestrebt, die örtliche Kriminalitätslage den Menschen in einer Stadt im Allgemeinen oder im unmittelbaren Wohnbereich auf seriöse Weise darzustellen, z. B. durch die Veröffentlichungen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und die direkte Information der örtlichen Entscheidungsträger⁹. Hierbei fließen auch die Erkenntnisse unseres aktuellen Lagebildes ein. Gleichzeitig verknüpfen wir mit den Informationen Tipps zur Prävention.

Diese Transparenz zahlt sich aus, wie die Befragungsergebnisse belegen. Das Vertrauen in die staatliche Handlungsfähigkeit und in die Polizeiarbeit ist in der Bevölkerung unseres Dienstbezirkes vorhanden.

5. Dauerhafte Verbesserungen kriminogener Faktoren erfordern gesamtgesellschaftlichen Kontext – der Begriff „Kommunale Kriminalprävention“ ist kein Dogma sondern Programm!

Grundlage für unsere Überlegungen sind drei zentrale Gesichtspunkte:

1. Die Polizei ist unmittelbar am (Kriminalitäts-) Geschehen. Sie weiß am ehesten, welche Faktoren das Entstehen von Kriminalität begünstigen können. Sie hat damit vor allem gegenüber kommunalen Entscheidungsträgern eine Aufklärungs- und Beratungspflicht.
2. Die Polizei ist u. a. als Ratgeber in der Jugendarbeit, der Suchtprävention, der Arbeit mit Senioren und als Experte für alle externen Institutionen besonders anerkannt.
3. Die Polizei kann vieles, aber nicht alles, vor allem nicht allein!

Zentrale Notwendigkeit ist die Einbindung der kommunalen Verantwortungsträger. Der Polizei kommt im Besonderen die Rolle des gewollt aufdringlichen Initiators zu. Es zeigte sich, dass besonders gute Ergebnisse dort zu erzielen sind, wo die Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister der beteiligten Städte die Leitung der **Lenkungs-gremien** übernehmen. Prävention ist Bürger(meister)pflcht im Rahmen der Risiko- und Daseinsvorsorge.

Prävention ist Bürger(meister)pflcht!

Diese Lenkungs-gremien sind im Dienstbezirk der Polizeidirektion Heidelberg in vielen Städten und Gemeinden eingerichtet. Andere Gemeinden, insbesondere kleinere Gemeinwesen, bevorzugen modifizierte Formen des Dialoges, beispielsweise über die Mitgliedschaft im Präventionsverein Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e. V.

Exemplarisch möchten wir das bereits 1997 eingerichtete Lenkungs-gremium der Stadt Heidelberg vorstellen. Den Vorsitz des Lenkungs-gremiums hat die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister. Weiter sind die Leiter der städtischen Ämter (Sozial- und Jugendamt, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Amt für öffentliche Ordnung, Amt für Gleichstellung von Frau und Mann), der Leiter des Staatlichen Schulamtes, der Leiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Leiter der Polizeidirektion vertreten. Bei Bedarf werden Vertreterinnen oder Vertreter weiterer Bereiche wie beispielsweise der Justiz oder wissenschaftlicher Fachrichtungen eingeladen. Diese Ebene bewertet die Sicherheitslage und gibt strategisch ausgerichtet den Orientierungsrahmen vor. Das Lenkungs-gremium ist nicht statisch. So wurden im Sommer 2006 die Arbeitsgruppen- und Projektgruppenstruktur den aktuellen Bedürfnissen angepasst, die Neueinrichtung der Arbeitsgruppen Senioren und Städtebau beschlossen. Die Aktivitäten der ständig oder anlassbezogenen eingerichteten Arbeits- und Projektgruppen werden koordiniert und überwacht.

Innerhalb des Lenkungs-gremiums und der einzelnen Arbeitsgruppen sind **feste Projektverantwortlichkeiten** festgelegt, um unverbindlichen Diskussionsforen zu vermeiden und zielgerichtete Ergebnisse zu erreichen.

Als besonderes Schwerpunktprojekt fanden vom 25. Juni bis zum 10. Juli

2005 die Heidelberger Sicherheitswochen statt. Ein von der Polizeidirektion Heidelberg erprobtes Konzept, das seit 1997

Sicherheitswochen als besonders erfolgreiche Schwerpunktprojekte

im Rhein-Neckar-Kreis sehr erfolgreich realisiert wird. Folgerichtig wurde die Sicherheitswoche vom 10. bis 17. Oktober 2010 in Heidelberg wiederholt.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Eine **zielführende Projektarbeit** findet auf der kleinräumigeren Ebene der Stadtteile und der örtlich zuständigen Polizeireviere bzw. Polizeiposten statt, die über bloße Gesprächsrunden und Absichtserklärungen hinausgeht.

In kleineren Städten und Gemeinden oder in Kommunen, in denen das Bewusstsein der kommunalen Entscheidungsträger für die Thematik noch nicht so stark ausgeprägt ist, gehen wir den umgekehrten Weg. Dort engagieren wir uns über konkrete Einzelprojekte, um dazu beizutragen, dass zwischen den handelnden Personen und Institutionen ein Vertrauensverhältnis entsteht, welches eine spätere Implementierung der kommunalen Kriminalprävention begünstigt.

Die Anstrengungen im Rahmen eines gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Ansatzes zur Kriminalprävention müssen nicht notwendigerweise mit dem feststehenden Begriff „Kommunale Kriminalprävention“ versehen werden. Bei der Implementierung kommunaler Kriminalprävention birgt die Wortschöpfung an sich ein großes Problem in sich, weil die Polizei in diesem Zusammenhang gelegentlich immer noch mit der schwerpunktmäßigen Ausrichtung der Repression gesehen wird.

Teilweise wird der Wortbestandteil „Kriminal“ von Vertretern der Kommunen mit „kriminell“ gleichgesetzt. Somit fällt es einem Stadt- oder Gemeindeoberhaupt unter Umständen schwer, darzustellen, warum gerade in seinem Gemeinwesen ein neuer Ansatz zur Lösung vermeintlicher oder tatsächlicher Sicherheitsprobleme notwendig ist. Einige Bürgermeister fürchten, dass andere Einflussgrößen ihre Arbeit unnötig erschweren. Die Chance der Gemeinsamkeit und der Vernetzung erkennen sie teilweise (noch) nicht und setzen sich deshalb mit der Thematik nicht weiter auseinander.

Der wesentliche Aspekt der Primärprävention kommt bisher häufig noch zu kurz. Klar ist aber, dass ausgeprägte sozi-

ale Kompetenzen und gute Zukunftsperspektiven entscheidend dazu beitragen, Kriminalität erst gar nicht entstehen zu lassen. Die Idee der Kommunalen Kriminalprävention muss ständig weiterentwickelt werden und wachsen. Mit der Institutionalisierung allein ist noch nichts erreicht. Deshalb suchen wir mit unseren Sicherheitspartnern nach gemeinsamen Leitthemen, die positive Botschaften vermitteln wie beispielsweise „Unsere Stadt – aber sicher!“

Aspekt der Primärprävention kommt häufig zu kurz

Sehr sinnvoll ist hierbei eine Vernetzung mit den Bereichen der lokalen Agenda, des bürgerschaftlichen Engagements und des Corporate Citizenship – dem Engagement der Wirtschaft vor Ort. Schließlich geht es in allen Fällen um soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit.

Als besonders hilfreich hat es sich erwiesen, den Kontakt über andere Institutionen (Vereine Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e.V. und Sicheres Heidelberg e.V.) und Einzelprojekte wie Selbstbehauptungstrainings, sicherungstechnische Beratungen, oder zielgerichtete Angebote für Senioren zu suchen.

Nach unserer Erfahrung ist es besonders wichtig, komplexe Problemstellungen in Teilprobleme aufzuspalten – sozusagen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu bringen – weil selbst in diesen Fällen regelmäßig viele Hemmnisse überwunden werden müssen, bis ein Projekt in Gang kommt oder gar sein Ziel erreicht hat. Projektarbeit ist aufwendig, Erfolge erfordern Zeit und Geduld.

Im Rahmen der Verwaltungsreform 2005 ist die Federführung für die Kommunale Kriminalprävention explizit den Landratsämtern und den Stadtkreisen übertragen worden, so wie dies bereits bei der Empfehlung zur landesweiten Umsetzung im Jahr 1997 vorgesehen war. Dies kann dauerhaft zu einem tieferen Bewusstsein für diese wichtige Aufgabe führen. Für die Stadt Heidelberg ergab sich hieraus kein Anlass für Veränderungen. Das überaus bewährte Konzept wurde nahtlos fortgeführt. Beim Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises wurde eine Koordinierungsstelle eingerichtet und der Kommunale Suchtbeauftragte mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe betraut. Erste gemeinsame Projekte, wie beispielsweise die Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten (Fred), konnten realisiert werden.

In den historisch gewachsenen Kontext der Kommunalen Kriminalprävention beziehen wir auch den wichtigen Bereich der Verkehrssicherheit ein. Dies ist deshalb so wichtig, weil Rücksichtslosigkeiten nicht nur beim Kriminalitätsgeschehen, sondern auch im Straßenverkehr offenkundig werden. Die Erfahrungen zeigen, dass auf diesem Weg die – insbesondere jungen – Menschen hierüber gut für Themen der Kriminalprävention angesprochen werden können. Unser Ziel ist es, Prävention aus einem Guss zu betreiben.

6. Konkrete Maßnahmen vor Ort – aktive Bürgerbeteiligung vor Ort

Die Menschen in einer Stadt, Gemeinde oder einem Stadtteil kennen vorherrschende Ängste und Sorgen oftmals aus eigener Betroffenheit heraus und wissen um soziale Spannungen und Problemlagen, noch bevor dies den Behörden bekannt wird oder sich durch Auftreten von Kriminalität äußert.

Eine stärkere Beteiligung der Bürger führt daher zu objektiv erhöhter Sicherheit, einem verbesserten Sicherheitsgefühl, einem stärkeren „Wir“-Gefühl und damit zu mehr Lebensqualität.

Stärkere Beteiligung der Bürger führt zu mehr Lebensqualität

Jeder Einzelne hat die Möglichkeit und die Chance, sich durch aktive Teilnahme am sozialen Leben einer Stadt, Gemeinde oder eines Stadtteils für ein lebenswertes Umfeld einzusetzen. Konkret ist hierbei zu denken an:

- **aktive Mitarbeit in Präventionsgremien**
In Heidelberg kann beispielsweise eine aktive Mitgestaltung öffentlicher Bezirksbeiratssitzungen erfolgen, wenn turnusmäßig das Thema Sicherheit im Stadtteil erörtert wird.
- **Unterstützung von Einzelmaßnahmen**,
wie einer Kampagne zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen.
- **Initiierung von Angeboten im Rahmen der schulischen (Gewalt)Prävention** – beispielsweise (Marionetten) Theater, Lernort Kino, „Neue Medien“, erlebnispädagogische Konzepte.
- **Beteiligung an Projekten**,
Ortsbegehungen, die z. B. zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens stattfinden.

- **Entwicklung geeigneter Präventionsmaßnahmen**,
- **Mitgliedschaft und Engagement in den Präventionsvereinen**,
- **Formulierung von Wünschen und Forderungen und gemeinsam bürger-nahe Strategien entwickeln**.

Die große Chance, die dieser gesamtgesellschaftliche Präventionsansatz bietet, ist entscheidend vom Verständnis und Engagement der Menschen abhängig, an die sich dieses Konzept richtet, nämlich den Menschen, die in unseren Städten und Gemeinden leben.

Die gute Idee muss mit Leben erfüllt und begreifbar gemacht werden. Allein das Einrichten eines runden Tisches löst keine Probleme. Problemorientiertes Handeln mit Festlegung von Verantwortlichkeiten und einer verbindlichen Zeitschiene ist unumgänglich.

In Heidelberg haben die Menschen in allen Stadtteilen die Möglichkeit, bei regelmäßig stattfindenden öffentlichen Bezirksbeiratssitzungen mit Experten örtliche Probleme zu identifizieren und sich am Problemlösungsprozess zu beteiligen. In den Städten und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises geschieht dies über Bürgerbefragungen und die direkte Ansprache über konkrete Präventionsprojekte.

Seit 1997 führen wir alljährlich in Kooperation mit einer (Großen) Kreisstadt eine Sicherheitswoche durch, bei der zum Teil mehr als 10 000 Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. In einer Woche – manchmal sind es auch zwei – werden der Bürgerschaft sehr umfangreiche Präventionsaktivitäten, also Maßnahmen zur Kriminalitäts- und Verkehrsunfallverhütung angeboten. Das Programm spricht alle nur denkbaren Ziel- und Altersgruppen vom Kindergartenkind bis zu den Senioren in zahlreichen Einzelveranstaltungen an. Als Veranstalter treten Stadtverwaltung und Polizei gemeinsam auf.

7. Kriminalprävention muss über Einzelprojekte für die Menschen (be)greifbar werden

Die Menschen in einer Kommune stehen im Mittelpunkt aller (kriminal)präventiver Initiativen, Projekte und Maßnahmen vor Ort. Diese und deren Ausrichtung müssen eben für diese Menschen klar und nachvollziehbar sein.

Insgesamt laufen bei der Polizeidirektion mehr als 100 zumeist langfristig angelegte Programme und Projekte mit Schwerpunkt im Jugendbereich.

8. Nur differenzierte und zielgruppenorientierte Angebote tragen zur Gewinnung neuer Sicherheitspartner bei

Initiativen und Maßnahmen zur Kriminalprävention auf kommunaler Ebene sind dann besonders erfolgversprechend, wenn dadurch mittel- oder langfristig Partner gewonnen werden können, um diese Ideen dauerhaft im Gemeinwesen zu verankern. Wir sehen unsere Rolle hier neben der des Initiators als „Vernetzer“. Dadurch gelingt es, unsere begrenzten Ressourcen im Sinne der Sache zu erweitern.

Als hierfür besonders geeignete Handlungsfelder konnten wir bisher ausmachen:

- Gewalt im sozialen Nahraum: In diesem mit zahlreichen Tabus versehenen Bereich sind viele Initiativen und Hilfsorganisationen tätig. Besonders hervorzuheben ist das „Heidelberger Interventionsmodell bei häuslicher Gewalt“. Zielrichtung ist dabei nicht mehr das Opfer, sondern der Täter (Wegweisung).
- Schutz vor Gewaltkriminalität – Selbstbehauptungstrainings für potenzielle Opfer: Jährlich erreichen wir so ca. 3000 Personen.
- Senioren-Sicherheits-Berater: „Peer-Group-Education“ durch ausgewählte pensionierte Polizeibeamte unter Einbindung auch besonders qualifizierter Externer, beispielsweise Rechtsanwälte.
- Fachtagungen zu aktuellen Themen wie Rechtsextremismus, Medienkompetenz, Islamismus, Jugendgewalt, Opferschutz, Aussiedlerintegration u. v. m. Mit solchen Veranstaltungen wollen wir allen Akteuren, die mit Jugendlichen arbeiten, Hilfe und Anregungen für den Alltag geben. Das gegenseitige Kennenlernen soll auch dabei helfen, die örtlichen Netzwerke noch enger zu knüpfen.
- Durch einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit allen Hilfsorganisationen, die sich beim Opferschutz engagieren, kann die Hilfe für die Opfer von Kriminalität und Straßenverkehr sehr unbürokratisch optimiert werden.
- Städtebauliche Prävention.
- Der direkte Kontakt mit Moscheevereinen hilft Vorbehalte abzubauen und die soziale Integration zu unterstützen.

Auf diese und vielfältige andere Art und Weise halten wir dauerhaft gute Kontakte zu Vereinen, Seniorenverbänden, Schulen und anderen Sicherheitspartnern und können sie so fortlaufend in den Präven-

tionsprozess auf kommunaler Ebene einbeziehen.

Dauerhafte Einbeziehung aller Sicherheitspartner in den Präventionsprozess

Unser Mailverteiler zu aktuellen Präventionsthemen umfasst mittlerweile mehr als 1500 Interessierte aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

9. Professionelle Präventionsarbeit gibt es nicht zum Nulltarif

Die finanziellen Spielräume von Kommunen, Polizei und anderen Institutionen und Organisationen, die sich in der Kommunalen Kriminalprävention engagieren, sind mitunter sehr eng bemessen. Erfolgversprechende Projektideen können deshalb bereits an der Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln scheitern, auch wenn alle Partner ihre „Bordmittel“ mit in die Arbeit einbringen.

Zur Förderung von Präventionsprojekten wurden im Bereich der Polizeidirektion Heidelberg bereits 1998 und 1999 zwei eingetragene und gemeinnützige Vereine¹⁰ gegründet. Sie unterstützen die Präventionsarbeit finanziell und ideell, soweit dies die staatlichen und kommunalen Möglichkeiten übersteigt. Die Beteiligung von Bürgern und Wirtschaftsunternehmen sowohl in der Vereinsarbeit als auch in der Spendenbereitschaft ist erfreulich.

Den Präventionsvereinen fällt auch immer stärker die Rolle zu, Projektträgerschaften für Einzelprojekte zu übernehmen und so noch vorhandene Lücken zwischen den Sicherheitspartnern zu schließen.

Präventionsvereine als tragende Säulen einer erfolgreichen Präventionsarbeit

Die Präventionsvereine entlasten insofern einerseits die Kommunen und leisten andererseits einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung und damit langfristig zur Implementierung der Kommunalen Kriminalprävention. Wir sind stolz darauf, dass alle 50 Kommunen im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Heidelberg mit „missionarischem“ Eifer als Mitglieder gewonnen werden konnten.

Beide Präventionsvereine sind tragende Säulen und unverzichtbar für eine erfolgreiche Präventionsarbeit.

10. Kriminalprävention durch Primärprävention

Tatgelegenheitsstrukturen positiv zu verändern, potenzielle Opfer aufzuklären und Zivilcourage zu fördern, ist das hauptsächliche Tätigkeitsfeld der Polizei. Im Bereich der Sekundärprävention können wir unser umfangreiches Erfahrungswissen sehr gezielt und schnell einbringen.

Kriminalität erst gar nicht entstehen zu lassen, ist das vorrangige Ziel kriminalpräventiver Konzepte überhaupt. Hierbei kommt es mitunter zu Definitionsproblemen. Einerseits haben einzelne Organisationen Bedenken geäußert, ob die klassische Jugendarbeit als Kriminalprävention verstanden werden kann, andererseits wird an anderer Stelle von der Polizei erwartet, bereits viel früher, nämlich in der Grundschule und im Kindergarten präsent zu sein, um bereits hier präventiv zu wirken.

In Zukunft kommt es darauf an, noch deutlicher darauf abzustellen, dass es unverzichtbar ist, die vielfältigen Bemühungen zur Ausprägung von Persönlichkeiten und den Erwerb sozialer Kompetenzen zu unterstützen. Besonders im Hinblick darauf, Opferwerdungen zu verhindern und die schweigende Mehrheit der „Bystander“ zu mobilisieren. Es geht nicht nur um klassische Kriminalprävention im engeren Sinne, sondern auch um die Veränderung der Lebensbedingungen, insbesondere der jungen Menschen. Unser Ziel muss sein, weniger Kriminalprävention betreiben zu müssen, um mehr „Sozialprävention“ betreiben zu können.

Das Verhaltenstraining für Kinder, an dem wir uns an den Grundschulen beteiligen, ist zwar der Sekundärprävention zuzuordnen, enthält aber auch Elemente der Primärprävention. Wir unterstützen die Grundschulen bei der Umsetzung des Konzeptes, wenn dort eigenes Engagement vorhanden ist.

Mehr Sozialprävention und weniger Kriminalprävention als Ziel

Wir sind bereits mit Projekten über die normale Verkehrserziehung hinaus in den Kindergärten präsent. Eltern und Erziehern werden Hilfestellungen gegeben, um Kinder bei der altersgerechten Übernahme von Pflichten zu ermutigen. Außerdem soll den Kindern vermittelt werden, dass sie sich jederzeit auch an die Polizei wen-

den können – und dort ernst genommen werden. Dass diese Überlegungen richtig sind, belegt das Beispiel eines kommunalen Kindergartens. Dort entwickelte das Team das mehrstufige Projekt: „Ich find´ mich gut und habe Mut!“

Auch „unser“ Marionettentheater zum Thema Gewalt unter Kindern ist mit großem Erfolg die den Kindergärten der Region präsent. Die Palette wird in der Grundschule um die Themen Geschlechterkonflikt, Toleranz und Achtung fremden Eigentums sowie um das Thema des sexualisierten Missbrauchs von Kindern erweitert. Die Effektivität des Konzepts belegt die wissenschaftliche Begleitforschung der Universität Tübingen, Institut für Kriminologie.¹¹

Bei allem Wünschenswerten müssen wir uns aufgrund begrenzter (personeller) Ressourcen einer immer stärker werdenden Aufgabenkritik stellen und ständig überprüfen, wie wir unser Engagement weiter optimieren können. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund ständig neuer Aufgaben, denen sich die Polizei stellen muss.

11. Investitionen in die Jugend sind Investitionen in die Zukunft

Den besonderen Schwerpunkt unserer Präventionsaktivitäten legen wir konsequenterweise auf den Bereich der **jungen Menschen**, um Auffälligkeiten zu verhindern oder aber auf ihre Einmaligkeit zu begrenzen. Eine unterstützende Wertevermittlung, erweitert durch erlebbare Möglichkeiten sinnvoller Freizeitbeschäftigung, die Übernahme von Verantwortung und der Blick auf die Opferperspektive sind hierbei genauso wichtig, wie die Stärkung von Zivilcourage und Toleranz.

Schutz junger Menschen gleichermaßen wichtig

Der Schutz junger Menschen ist gleichermaßen wichtig. Deshalb setzen wir auf die strikte Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen, insbesondere was den Umgang mit Medien und legalen Suchtmitteln angeht.

Beispielhaft sind hierbei zu nennen:

- Im Netz der „Neuen Medien“: Internet, Spiele, Handy, Chat und Co. – mittlerweile übergeleitet in das Kooperationsprojekt mit der Aktion Jugendschutz Baden-Württemberg: „Kriminalprävention und Medienpädagogik Hand in Hand“
- „Cool. Sicher. Selbstbestimmt“ Handlungskompetenz in Gewaltsituationen für Schüler/innen

- Projekt „Gewaltfreie Klasse als Konflikt-schlichter“
- Präventives Begleitkonzept an Heidelberger Haupt- und Förderschulen
- Integriertes Konzept zur Verhinderung jugendlicher Gewalt in Neulandheim¹² Entwicklung des Schulcurriculums „Soziales Lernen“
- Marionettentheater Troll Toll
- (Anti)Graffiti-Projekte
- Schülermentorenprogramm Suchtprävention
- Projekt „Einsicht“ – Ein Projekt zur Verhinderung wiederholter Auffälligkeit nach Ladendiebstahl
- Schul kino Rhein-Neckar/Heidelberg – Kino als Lernort
- Projekte, die im Rahmen von Förderprogrammen¹³ durch die Landesregierung als beispielhaft gefördert wurden.

12. Evidenzbasierte Kriminalprävention: Projekte müssen ständig (möglichst unter wissenschaftlicher Begleitung) auf ihre Wirksamkeit überprüft werden

Eine der zentralen und zugleich schwierigsten Herausforderungen an die Kriminalprävention wird sein, den empirischen Beweis ihrer Wirksamkeit anzutreten. Vor allem müssen präventive Aktivitäten und Projekte ständig hinsichtlich ihrer Evidenz und Effizienz evaluiert werden. Nur durch eine Ergebnis- und Prozessevaluation können Fehlinvestitionen von Personal, Zeit und Geld vermieden werden.

Deutliche Verbesserung des Sicherheitsgefühls durch konsequente Umsetzung der Kommunalen Kriminalprävention

Sehr gute Erfahrungen wurden bei der Polizeidirektion Heidelberg durch eine wissenschaftliche Begleitung bei Bürgerumfragen¹⁴ und Einzelprojekten gemacht.

An dieser Stelle ist in erster Linie die Evaluationsstudie¹⁵ von Prof. Dr. Dieter Hermann, Institut für Kriminologie an der Universität Heidelberg, hervorzuheben, die systematisch die Iststände hinsichtlich der registrierten Kriminalität und dem Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung in den Jahren 1997 bis 2007 betrachtet und bewertet. Dabei ist festzustellen, dass sich das Sicherheitsgefühl in der Region deutlich verbessert hat. Diese Entwicklung wird in erster Linie auf die konsequente Umsetzung der Kommunalen Kriminalprävention zurück geführt.

Wissenschaftlicher Begleitungen auf der Projektebene erfolgen durch Wissenschaftler, aber auch durch Studierende an den (Fach-)Hochschulen. Gerade eine Universitätsstadt wie Heidelberg bietet vielfältige Möglichkeiten, die nur genutzt werden müssen.

13. Eine auf Dauer erfolgreiche Kriminalprävention erfordert eine intensive Öffentlichkeitsarbeit – nach außen und innen

Prävention lebt vom Mitmachen und muss deshalb einer breiten Öffentlichkeit nahe gebracht, ohne dabei zum Selbstzweck oder zur Selbstdarstellung missbraucht zu werden.

Im Außenverhältnis suchen wir den Kontakt zu Fernseh-, Hörfunk- und Printmedien. Dadurch gewährleisten wir einerseits die sachgerechte Information der Öffentlichkeit, andererseits nutzen wir die Chance zur Vernetzung, dem weitergehenden Informationsaustausch mit Personen, Institutionen und Organisationen außerhalb unseres Einflussbereiches.

Im Innenverhältnis bilden wir ständig die Verantwortungsträger und Akteure der Polizeiorganisation fort. Beispielhaft zu erwähnen sind hierbei die regelmäßigen Veranstaltungen für die Dienstzweig-, Revier-, Dienstgruppen- und Postenleiter, die Sachbearbeiter Vorbeugung der Polizeireviere, die Verhaltenstrainer, die Jugendsachbearbeiter, die Sachbearbeiter für häusliche Gewalt sowie weitere bedarfsbezogene Angebote.

14. Die Polizeiführung und -organisation hat sich auf das geänderte Anforderungsprofil einzustellen

Sowohl hinsichtlich der Initiierung von Lenkungsgremien als auch einer straffen ergebnisorientierten Begleitung der facettenreichen Projektideen sind Kriminalprävention und Verkehrssicherheitsarbeit elementare Bestandteile einer bürgernahen Polizeiarbeit und somit zu **zentralen Führungsaufgaben** geworden.

Dies umfasst auch die Motivation und Implementierung des Präventionsgedankens bei den Mitarbeitern (Prävention ist Aufgabe aller) und die Notwendigkeit, konsequent personelle Ressourcen in die Prävention zu investieren.

Bei der Polizeidirektion Heidelberg sind im Sachbereich Prävention zwei Beamte und eine Beamtin hauptamtlich mit der Gestaltung und der Umsetzung

kriminalpräventiver Aktivitäten betraut. Sie werden durch drei Mitarbeiter/innen

Motivation und Implementierung des Präventionsgedankens als zentrale Führungsaufgabe

der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle (Schwerpunkt: Sicherungstechnik und verhaltensorientierte Prävention) und je einen Sachbearbeiter Vorbeugung bei allen zehn Polizeirevieren unterstützt.

Hinzu kommen weitere 45 Jugendsachbearbeiter und 30 Verhaltenstrainerinnen und -trainer, die Sachbearbeiter in der Verkehrserziehung und weitere Spezialisten, beispielsweise aus den Reihen der Kriminalpolizei. Damit sind rund acht Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwerpunktmäßig oder zumindest temporär mit der Wahrnehmung von Präventionsaufgaben betraut.

15. Ein ständiger Informationsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene ist unerlässlich

Das Rad muss nicht ständig neu erfunden werden. Deshalb bieten wir einerseits unsere Erfahrungen potenziell Interessierten an, andererseits greifen wir auch bestehende Projektideen auf und gleichen sie unseren örtlichen Gegebenheiten an.

Beispielsweise wurden unsere Projekte: Marionettentheater, Theater für Ältere, SOS-Handy, Kriminalitätsatlas¹⁶, Präventionsvereine, Kino-Seminare, Bürgerbefragungen, Pilotprojekt: „Gewaltfreie Klasse ...“ bundesweit und in den Nachbarstaaten (Österreich, Schweiz und Frankreich) nachgefragt.

„Unser“ Fragebogen kam bei Bürgerbefragungen in anderen Städten Baden-Württembergs bereits mehrfach zum Einsatz, die wissenschaftliche Begleitung hatte die Universität Heidelberg, Institut für Kriminologie, übernommen.

Wir pflegen einen intensiven Austausch auf nationaler und internationaler Ebene. Seit 1999 konnten wir in mehreren Veranstaltungen den Austausch mit Frankreich, Italien, Österreich und Japan pflegen, den Deutschen Präventionstag und weitere Fachtagungen und -foren im Bundesgebiet aktiv mitgestalten. Hierbei konnten sowohl wir Akteure beraten und ermutigen als auch wichtige Erfahrungen für uns „mitnehmen“.

Seit 2010 ist die Stadt Heidelberg Mitglied im Europäischen Forum für urbane



Die Autoren Günther Bubenitschek, Dr. Melanie Wegel und Reiner Greulich und der Chefredakteur der Kriminalistik, Bernd Fuchs (v. r. n. l.), bei der Präsentation des Buches „Kriminalprävention in der Praxis“¹⁷ am Beispiel der Polizeidirektion Heidelberg auf dem 19. Deutschen Präventionstag in Karlsruhe

Sicherheit (EFUS) und Gründungsmitglied in dessen nationalem Forum, dem Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit e. V. DEFUS.

Schlussbemerkung:

Die Polizeidirektion Heidelberg wurde im Zuge der „Polizeireform“ zum 1.1.2014 mit dem Polizeipräsidium Mannheim zusammengelegt. Dieser dennoch sprachlich in der Gegenwartsform gehaltene Aufsatz ist somit das „Vermächtnis“ einer gelungenen und über Jahre gewachsenen Präventionsarbeit¹⁷, die hoffentlich „auch unter neuen Vorzeichen auf polizeilicher Seite fruchtbar gehalten und gepflegt werden kann ...“¹⁸

Kontakt:

info@praevention-rhein-neckar.de
www.praevention-rhein-neckar.de

Anmerkungen

12. und 13. Mai 2014 in Karlsruhe.
- Der größte und einwohnerstärkste Landkreis in Baden-Württemberg und der drittgrößte bundesweit.
- Schwetzingen, Wiesloch, Hockenheim, Leimen, Weinheim, Sinsheim, Eppelheim, Walldorf, Altlußheim, Neulußheim, Reilingen und Heidelberg.
- Institut für Kriminologie, Prof. Dr. Dieter Hermann – August 2008.
- Wiesloch: von 37 auf 12%; Schwetzingen von 35 auf 16% (wie oft denken Sie daran, Opfer einer Straftat zu werden?).
- Stadt Heidelberg, Amt für Frauenfragen – 1994.

- Universität Heidelberg/Stadt Heidelberg – 1998 – die gleiche Befragung wurde zeitgleich in Freiburg/Br. durchgeführt.
- Evaluationsstudie zur Veränderung der Sicherheitslage in Heidelberg 2009 in Schriften zur Stadtentwicklung, Stadt Heidelberg 2010.
- Die Leiter der Polizeireviere sind regelmäßig in den Gemeinderatssitzungen präsent.
- Rhein-Neckar-Kreis: „Kommunale Kriminalprävention Rhein-Neckar e. V.“, gegründet am 5.2.1998, www.praevention-rhein-neckar.de, Heidelberg: „Sicheres Heidelberg – Sicherheid e. V.“ gegründet am 9.7.1999, www.sicherheit.de.
- Prof. Dr. Kerner – 2006: Pompom (Wiesloch/Walldorf) und 2007: Einmal ist keinmal (Weinheim).
- Nach der Tötung des wohnsitzlosen Johann Babies durch acht junge Menschen, am 15.10.2003, wird hier ein „roter Faden“ unter wissenschaftlicher Begleitung entwickelt, der Kinder und Jugendliche unterstützt, Konflikte gewaltfrei zu lösen.
- PostillionBus, Treff Miteinander, Spurensuche Sandhausen, Ropes Course, Schulprojekte, Kinderzirkus; Projekte zur Aussiedlerintegration in Schwetzingen, Leimen und Eberbach; soziale Trainingskurse im Rhein-Neckar-Kreis; „Wir – auf der Suche nach Antworten“: Integrierte Gewaltprävention in Neulußheim, „Come Together“ in Wiesloch.
- Kommunale Kriminalprävention – Probleme bei der Implementation von Lösungsvarianten/Dr. Dieter Hermann und Günther Bubenitschek in Kriminalistik, Heft 8/99, S. 546 ff.
- Veröffentlicht in: Trauma & Gewalt, Klett-Cotta, 2. Jahrgang, Heft 3, August 2008.
- Nachdem sich eine Delegation in Heidelberg informierte, führt die Stadt Erfurt seit 2001 ebenfalls einen Kriminalitätsatlas.
- Siehe ausführlich hierzu Bubenitschek/Greulich/Wegel, Kriminalprävention in der Praxis, Kriminalistik Verlag Heidelberg, www.kriminalistik-verlag.de 2014.
- Kerner, ebenda, Geleitwort S. XIV.